

## **TOP 3.7.5 Studie zur Macht der Finanzlobby in Brüssel**

### **1. Hintergrund**

Mehr als 5 Jahre nach dem Ausbruch der Krise scheint die Macht der Finanzmärkte politisch und ökonomisch ungebrochen. Eine von Corporate Europe Observatory (CEO) im Auftrag von AK und ÖGB veröffentlichte Studie fasst jetzt die Macht der Finanzlobby in Brüssel erstmals in Zahlen. Die vielfältigen Kanäle, über die die Banken und andere Finanzmarktakteure Einfluss auf die europäische Politik nehmen, sind naturgemäß nicht vollständig ermittelbar. Das liegt nicht zuletzt daran, dass bis heute kein verpflichtendes Lobbyregister existiert, in dem LobbyistInnen ihre Tätigkeiten und Ausgaben offenlegen müssen. Die folgenden Zahlen basieren daher auf äußerst vorsichtigen Schätzungen unter Würdigung großteils freiwillig veröffentlichter Zahlen.

### **2. Ergebnisse der Studie**

Insgesamt 700 Organisationen konnten in der Studie ausgemacht werden, die als „Finanzlobby“ Kommission, Europäisches Parlament und andere Institutionen der EU lobbyieren. 450 davon sind nicht im freiwilligen Transparenzregister verzeichnet. Dazu zählen unter anderem die Schweizer Großbank UBS, die Investmentbank Goldman Sachs und auch die österreichische Erste Bank.

Diese 700 Organisationen beschäftigen zusammen rund 1700 LobbyistInnen. Das sind mehr als doppelt so viele als bisher geschätzt. Bedenkt man, dass gerade einmal 400 KommissionsbeamtInnen zur Regulierung der Finanzmärkte arbeiten, bedeutet das, dass auf eine/n Kommissionsbeamten/in 4 LobbyistInnen der Finanzbranche kommen.

Noch deutlicher zeigt sich diese Übermacht bei den Ausgaben von Banken und anderen Finanzmarktakteuren: Auf Basis einer bereits sehr vorsichtigen Berechnung kommt CEO zu der Einschätzung, dass die Finanzlobby mindestens 123 Millionen Euro jährlich ausgibt, um die EU-Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zum Vergleich: NGOs und Gewerkschaften, die im selben Feld agieren, geben gerade einmal 4 Millionen Euro pro Jahr aus.

Die AK liegt aber immerhin europaweit als eine von drei Organisationen aus dem gewerkschaftlichen Bereich in den EU-Top-50 Organisationen im Finanzmarktbereich.

### **3. Verbreitung der Studie**

Die Studie wurde unter Koordination von ALTER EU und CEO europaweit verbreitet. Auf eine Exklusivberichterstattung im ZDF (Frontal 21) zu den Ergebnissen der Studie am 8.4. folgte am 9.4. die Präsentation der Studie im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von AK, ÖGB und CEO in Brüssel. Die Studie erfuhr europaweit eine breite mediale Resonanz (unter anderem Titelgeschichte von LeMonde).

In Österreich wurde am 9.4. ein Pressehintergrundgespräch mit Direktor Muhm und EU-Experte Lukas Oberndorfer abgehalten. Sowohl der ORF (Fernsehen) als auch alle wichtigen Leitmedien berichteten darüber ausführlich.

#### 4. Position/Forderung der AK: Raus aus der Anonymität, rein ins Register!

Die AK fordert echte Transparenz darüber, wer in Brüssel für welche Interessen und Rechtsakte lobbyiert, sowie mit welchem personellen und finanziellen Einsatz. Die AK-Forderung umfasst im Einzelnen:

- Verpflichtendes Transparenzregister: Der derzeit freiwillige Charakter bietet kein realistisches Bild über das tatsächliche Ausmaß von Lobbying in der EU und macht es schwer, den Einfluss von Lobby-Interessen sichtbar zu machen.
- Anreize für Eintragung erhöhen: Nur ins Register eingetragene Organisationen sollen zB auch die Möglichkeit haben, Personen in ExpertInnengruppen zu entsenden.
- Verknüpfung mit Kodex für MEPs und KommissarInnen: MEPs sollen nur mit registrierten Interessenvertretungen und Lobbyorganisationen Termine für Treffen wahrnehmen.
- Unvereinbarkeiten regeln: Vermischungen von öffentlichen Funktionen und Tätigkeiten in der Privatwirtschaft sind zu bekämpfen. Dazu bedarf es einer Überarbeitung der Verhaltenskodizes für Abgeordnete des Europaparlaments und Angehörige der Kommission (einschließlich der BeamtInnen). Nebentätigkeiten sollen verboten werden und vor einem etwaigen Jobwechsel ist eine „Abkühlphase“ vorzusehen.
- Ausgewogene Besetzung von ExpertInnengruppen: Die Kommission soll ihre Versprechen endlich wahr machen und gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Stimmen genauso viel Raum einräumen wie jenen aus der Wirtschaft.

#### 5. Kampagne „Politics for People“ zur EP-Wahl gestartet

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, tragen AK und ÖGB die europaweite Kampagne „Politics for People“ zu den EU-Wahlen 2014 mit. Seit 15.4. können BürgerInnen auf der Website [www.politicsforpeople.eu/de](http://www.politicsforpeople.eu/de) die KandidatInnen ihrer Länder dazu auffordern, sich gegen den übermäßigen Einfluss von Banken und Konzernen einzusetzen. Bereits jetzt haben über 400 EP-KandidatInnen europaweit versprochen, diesen Prinzipien zu folgen.

Ein weiterer Erfolg der Aktivitäten der AK ist in der ebenfalls im April verabschiedeten Entschließung des Europäischen Parlaments („Gualteri-Bericht“) zu sehen. Darin wird – neben weiteren Forderungen zur Stärkung der Transparenz – die Kommission auch dazu aufgefordert, in der kommenden Legislaturperiode einen Legislativvorschlag für ein verpflichtendes Lobby-Register zu präsentieren.